

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1922**

439 (22.9.1922) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Branzenzeitung / Steuer-Mundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiergarten
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider
Beratende Redakteure: Dr. H. Schneider, Dr. H. Fölscher

Kemlerdruckerei
Geschäftshaus: Nr. 26
Redaktion: Nr. 309 und 319

Die Pariser Vorkonferenz.

Zwischen Klust und Einigung.

Die englischen Truppen bleiben in Tschanael. - Türkische Bedingung für die neue Konferenz. - Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. - Zum Brand von Smyrna.

Paris, 22. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die heutige Konferenz zwischen Poincaré, Curzon und Forzy wird um 3 Uhr beginnen. Die Aufstellung über die Lage in französischen Regierungskreisen ist heute vormittag folgende: Zeit steht, daß die englischen Truppen in Tschanael bleiben werden.

Der Optimismus, der gestern früh angefaßt der vorgezogenen Konferenz zwischen Poincaré und Lord Curzon durch die Presse ging, hat den Tag nicht überlebt. Man betrauert sich die Resultate dieser Konferenz bei Licht und stellte fest, daß außer dem Beschluß, eine Konferenz zur Regelung der Orientfragen einzuberufen, nichts Praktisches erreicht worden ist.

Der Spezialberichterstatter des 'Matin' meldet aus Smyrna, daß die durch die Feuersbrunst zerstörte Fläche 280 Hektar betrage. Zwei Drittel der Stadt seien in Grund und Boden niedergebrannt. Der Korrespondent glaubt aufgrund seiner persönlichen Informationen mit absoluter Gewissheit versichern zu können, daß die Feuersbrunst von den Armeniern hervorgerufen wurde.

Marquis Lubertac über den Vertrag mit Stinnes. Paris, 22. Sept. Nach einer Savasmedung hat der Marquis Lubertac gestern dem Präsidenten den Archiven und Unterlagen der Wiederangehörigenvereine des Departements Aisne einen Vortrag über das Abkommen mit Stinnes gehalten.

Die heutige Sitzung der Repko. S. Paris, 21. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie wir aus Kreisen, die der Reparationskommission nahestehe, erfahren, wird sich die morgige reguläre Freitagssitzung der Reparationskommission mit der deutsch-belgischen Vereinbarung befassen und diese ohne besondere Weiterungen zur Kenntnis nehmen, da die Belgier sich bereits amtlich damit einverstanden erklärt hatten.

Die Einberufung der französischen Kammer. S. Paris, 22. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Im Laufe des heutigen Ministerrats wird wahrscheinlich der Präsident der Republik ein Dekret unterzeichnen, welches die Kammer auf den 12. Oktober einberuft.

Ausland aus der Petroleumperspektive. Paris, 22. Sept. Nach der 'Chicago Tribune' sollen sämtliche großen Petroleum-Gesellschaften der Welt am Dienstag in Paris ein Übereinkommen getroffen haben, auf Grund dessen sie sich verpflichten, ihr Recht und ihr Eigentum in Russland gegenseitig zu respektieren.

Einigung in der Gehaltsfrage. Erhöhung des Teuerungszuschlags ab 1. September. - Verhandlungen über Neuregelung der Grundgehälter und Ortszuschläge. - Verhandlungen über Lohnerhöhungen.

W. Berlin, 22. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Gehälter der Beamten und Angestellten wurden, wie wir hören, heute in früher Morgenstunden zu Ende geführt. Mit Wirkung vom 1. September ab wird der allgemeine Teuerungszuschlag für die ersten 10.000 Mark auf 777 Proz., für den Rest und die Teuerungszuschläge auf 677 Proz. erhöht.

W. Berlin, 22. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Gehälter der Beamten und Angestellten wurden, wie wir hören, heute in früher Morgenstunden zu Ende geführt. Mit Wirkung vom 1. September ab wird der allgemeine Teuerungszuschlag für die ersten 10.000 Mark auf 777 Proz., für den Rest und die Teuerungszuschläge auf 677 Proz. erhöht.

England vor der Entscheidung.

Ablehnung des Vorschlags Curzons. - Russisch-türkische Waffenbrüderschaft? - Niemals Forderungen. - Zurücknahme der französischen und italienischen Truppen. - Die Gewerkschaften bei Lloyd George.

Dr. A. London, 22. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Man betrachtet die Lage hier als etwas gebessert, besonders mit Rücksicht darauf, daß Frankreich angeblich seinen ganzen Einfluß darauf verwendet, um Kemal auf Konstantinopel zurückzuführen. In Londoner Regierungskreisen wird erklärt, daß England nach wie vor fest entschlossen sei, seinen Platz zu behaupten.

Ablehnung dieses Vorschlags durch das Kabinett auf die weiteren Pariser Besprechungen einwirken wird, muß abgewartet werden. Auf Curzon persönlich hat die französische Argumentation einen starken Eindruck gemacht.

Nach dem gleichen Blatt hat die russische Sowjetregierung große Käufe von Waffen in Italien gemacht. Eine große Anzahl von Automobilen und, wie es heißt, auch von Maschinengewehren wurde bei den Fiatwerken in Auftrag gegeben.

Der bulgarische Ministerpräsident schlägt in der 'Times' vor, die Thrazische Frage dadurch zu lösen, daß das Gebiet von Konstantinopel bis zum Fluß Lepka als autonom unter der Verwaltung des Völkerbundes gestellt werde.

Die 'Daily Mail' meldet aus Konstantinopel: General Beale erklärte nach seiner Rückkehr aus Smyrna, daß Kemal ihn gebittet habe, er könne seine Truppen nur noch einige Tage zurückhalten unter der Bedingung, daß die Militärs in einer Konferenz die

Rückgabe Konstantinopels und Thrakiens an die Türken anerkennen. In diesem Fall wird Kemal nur mit wenigen Truppen in Konstantinopel einziehen, während die alliierte Besatzung in der Stadt bleiben soll.

Einer Neuermeldung aus Konstantinopel zufolge sind auf Anweisung der beteiligten Regierungen die französischen und italienischen Truppenabteilungen und ebenso ihre Fahnen vom neutralen Ufer in Asien und den Dardanellen zurückgezogen worden.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Nach einem Telegramm aus Genf haben sich die englischen Dominions in Afrika, Kanada, Australien und Neuseeland dahin verständigt, die englische Regierung zu erlauben, den Vorschlag von Dr. Hanfens anzunehmen, wonach die Orientkrise durch das Eingreifen des Völkerbundes geregelt werden soll.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Die Vertreter der Arbeiterpartei, die heute vormittag von Lloyd George empfangen wurden, sprachen die Ansicht aus, daß die Neutralisierung der Dardanellen eine internationale Angelegenheit sei, die von England allein nicht geregelt werden könne.

Umschau.

Mit einer gewissen Betonung haben der Reichszentralrat und der Finanzminister unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Belgien verkündet lassen, daß sie im Laufe der nächsten Tage auf Urlaub zu gehen beabsichtigen. Sie haben damit offenbar feststellen wollen, daß die Politik der Termine jetzt für einige Zeit vorbei ist und daß nun eine längere Zeit der Ruhe beginnt.

Man soll diese technische Seite der sozialistischen Fusion nicht unterschätzen. Aber praktisch bedeutsam wird sie doch erst dann, wenn sich zeigt, daß das Gefüge der Regierung dadurch nicht mehr als bisher aufgelockert wird.

Die Sozialdemokraten wissen, daß ihre Regierung im Auslande, vornehmlich in den Vereinigten Staaten und in England, aber auch in Frankreich, einen sehr geringen Kredit genießt, daß es ihnen also wesentlich schwerer sein wird, eine aktive Außenpolitik zu treiben.

Dabei ist die Persönlichkeit des derzeitigen Kanzlers noch nicht in Rechnung gestellt. Daß er mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist ja ein offenes Geheimnis, und sie werden jetzt kaum reiflos besetzt sein.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.

Die Sozialdemokratie wird sich wahrscheinlich sehr gut ein Kabinett denken können, in dem Herr Dr. Wirth nicht mehr an der Spitze steht. Eine Kleinigkeit — etwa die Schwierigkeiten bei der Umlage oder etwas anderes — kann genügen, um den Riß, der hier entstanden ist, bloßzulegen und mit einem Kabinettswechsel eine Neubildung der Regierung notwendig zu machen.





